Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 57 | Dienstag, den 30. Dezember 1919 | 1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Zulagen für Noskegardisten. Die Reichsregierung hat eine Aufbesserung der Gebührnisse der verheirateten Löhnungsempfänger der Reichswehr und des bisherigen stehenden Heeres in folgender Weise verfügt:

Die verheirateten Löhnungsempfänger erhalten, wenn sie getrennten Haushalt führen müssen, einen täglichen Löhnungszuschuß von 2.65 Mark (bisher 1,65 Mark). Ferner ist das Kindergeld (bisher 1 Mark täglich) auf 50 Mark monatlich erhöht. Die Zahlung erfolgt mit Wirkung vom 1. Oktober 1919.

Für die Armenrentner. Genosse Kunert hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage eingebracht:

In furchtbarer Notlage befinden sich die Armenrentner. Sie sind auf das Armenamt mit wöchentlichen Unterstützungen von 5 bis 10 Mark angewiesen, angesichts eines harten Winters ohne Kohlen, ohne ausreichende Ernährung und Bekleidung, inmitten einer unvergleichlichbaren Teuerungskrise.

Ist die Regierung bereit, durch eine großzügige Reichshilfsaktion diese Aermsten der Armen vor dem völligen Untergang zu retten?

Hoffen und harren . . . Die Deutsche Allgemeine Zeitung teilt mit: „Die hohen Preise für Lebensmittel haben zur Folge gehabt, daß bei der Verpachtung von kleinen Acker- und Wiesenparzellen zur gärtnerischen oder landwirtschaftlichen Nutzung die Pachtpreise in unerhörter Weise gesteigert werden. Zum Schutze der Kleinpächter in der Nähe der Städte, die kleine Parzellen zu nicht gewerbsmäßiger gärtnerischer Nutzung (Schrebergärten) gepachtet haben, ist bereits durch ein Reichsgesetz Vorsorge getroffen worden, daß sie nicht übermäßig durch die Verpächter bewuchert werden können. Ein weiteres Gesetz zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter und Kleinbauern, die gezwungen sind, Acker- und Wiesenland für ihre Wirtschaft noch anzupachten, gegen übermäßige Steigerung der Pachtpreise ist bereits in Vorbereitung." — Na, wir haben wieder mal was versprochen gekriegt. Wer freut sich da nicht drüber?

Erzbergers Ehre repartert. Der Kaufmann Heinrich Ukena in Leer (Ostfriesland) ist, wie die P. P. N. erfahren, wegen eines an die Reichsregierung gerichteten Schreibens, das Beschimpfungen gegen den Reichsfinanzminister Erberger enthielt, aus Anlaß eines vom Reichsfinanzminister gestellten Strafantrags wegen schwerer Beleidigung von der 3. Strafkammer des Landgerichts I Berlin zu 400 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu 40 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Jetzt noch Unheil bringend. Im Daganhamdock im Londoner Hafen war ein Brand an Bord von Fahrzeugen, die mit Granaten beladen waren. Die Granaten explodierten. Dreieinhalb Stunden lang flogen die Geschosse durch die Luft. Drei Schiffe mußten von der Feuerwehr versenkt werden.

Der verlegte Militarismus. In einer in Hertogenbosch gehaltenen Rede erklärte der holländische Sozialist Toelstra, durch den Krieg sei keinesfalls erreicht worden, daß die Welt vom Militarismus erlöst sei. Der Militarismus habe nur seinen Sitz von Berlin nach Paris verlegt.

Frankreichs Steuern. Der französische Finanzminister Klotz hat in der Budgetkommission angekündigt, die Steuern müßten durchschnittlich um 50 Prozent erhöht werden. Der französische Verkehrsminister hat der französischen Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, durch den die Preise auf der Eisenbahn für die dritte Klasse um 45 Prozent erhöht werden, für die zweite Klasse um 50 Prozent, für die erste Klasse um 55 Prozent. Der Gepäcktarif und der Tarif für Post-Pakete werden um 115 Prozent erhöht.

Neuwahlen in England. Zahlreiche englische Zeitungen melden mit Bestimmtheit, daß allgemeine Neuwahlen des englischen Parlaments dicht bevorstehen; von einigen Blättern wird sogar bereits der kommende Februar 1920 als der Wahlmonat bezeichnet. Diese Nachricht, die auch französische Zeitungen als zutreffend bezeichnen, überrascht insofern, als die Mandatsdauer des gegenwärtigen englischen Parlaments noch lange nicht abgelaufen ist. Andererseits hatte der Verlauf des letzten Jahres immer mehr gezeigt, daß dieses Parlament nicht im geringsten dem wahren Willen des Landes entsprach.

Unruhen in Argentinien. Nach Meldungen aus Buenos Aires haben sich in der Stadt und in einigen Provinzen infolge von Streiks große Unruhen ereignet. Die Polizei mußte eingreifen und in Buenos Aires von der Waffe Gebrauch machen. Es kam zu einer förmlichen Schlacht. drei Personen wurden getötet, viele verwundet. Das Militär mußte einschreiten. Ueber 200 Personen wurden verhaftet.

Deutsch-Oesterreich keine Großmacht mehr. Nach dem Petit Parisien haben die Großmächte der Entente beschlossen, nach der Wiederaufnahme der rechtmäßigen diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich sich in Wien nur durch einen Gesandten vertreten zu lassen. Dementsprechend sei auch Deutschland aufgefordert werden, auf die Vertretung durch einen Botschafter in Wien zu verzichten. Dadurch wird zum Ausdruck gebracht, daß die Entente Deutschösterreich nicht mehr als Großmacht anerkennt.

Trotzkys Mutter verhaftet. Aus Warschau wird mitgeteilt, daß die Mutter Trotzkis in Batum festgenommen worden sei. Eine umfangreiche Korrespondenz, die von ihrem Sohn und andern Bolschewistenführern stammt, wurde bei ihr vorgefunden. Im Verlauf der Vernehmung gab sie zu, mit einer Mission für Transkaukasien betraut zu sein.

Wiener Elendsbilder

Aus Wien wird berichtet:

Vor wenigen Wochen ist einem achtjährigen Mädchen etwas Absonderliches zugestoßen: Es wurde als „Jungschweinernes" gebraten und in Tunke genossen. Die Frau, die in einem Misthaufen im Bezirke Favoriten nach Lebensmitteln gesucht hatte, will dort einige Fleischstücke gefunden haben, die sie teils selbst aß, teils veräußerte. Ihre Angaben scheinen auf Wahrheit zu beruhen, auf dreifache schauerliche Wahrheit: daß sie gezwungen ist, Lebensmittel in Misthaufen zu suchen, daß sie zufällig Teile der Mädchenleiche gefunden hat und diese aß und veräußerte. Die Ermordung der kleinen Marie Kramm ist noch in geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Eines jedoch ist offenbar: es leben in Wien Menschen, die in Misthaufen ihre Nahrung suchen müssen!

Zu diesem Vorfall sei noch bemerkt, daß sich seit diesem Tage fast stündlich bei der Polizei Menschen mit Leichenteilen einfinden. Jeder fürchtet, irrtümlicherweise Menschenfleisch erstanden zu haben; und es ist glücklicherweise meistens Fleisch von — Hunden . . .

Die Gemeinde Albern an der Donau bei Kaiserebersdorf sandte der niederösterreichischen Landesregierung folgendes Schreiben: Die Gemeindevorstehung teilt der Landesregierung mit, daß in Hinkunft keine angeschwemmten Leichen im Gemeindegebiet von Albern im Friedhof der Namenlosen beerdigt werden könnten, somit die Leichen unbeerdigt in Hinkunft liegen bleiben müssen, weil der Friedhof von den Wiener Holzdieben gänzlich verwüstet wurde. Er wurde nicht nur seiner hölzernen Umzäunung und der Grabkreuze beraubt, sondern es wurde auch die in ihm befindliche Leichenkammer samt den darin befindlichen Särgen und Werkzeugen demoliert und fortgetragen. — Die Wiener Selbstmörder werden unbeerdigt liegen bleiben müssen, weil die Wiener Holzsammler den Alberner Friedhof verwüstet haben. Die Landesregierung hat in Hinkunft die Alternative, entweder den Erfrierenden bie Lebensrettung zu verwehren oder die Angeschwemmten nnbeerdigt liegen zu lassen. Eine ähnliche Alternative hat der hohe Rat zu Paris: entweder uns unsere Lebensrettung, den Anschluß an Deutschland zu verwehren oder zu verhindern, daß die Diebe aus den Ländern der Alliierten und Assoziierten den Friedhof, zu dem uns der hohe Rat zu machen geruhte, auch noch ausplündern . . .

*

Nach den Mitteilungen des Professor Spitzky hat die Not in Wien in den letzten neun Monaten 29 766 Menschen getötet, das sind 3307 in jedem Monat oder 110 an jedem Tage, die Fremden nnd das Militär nicht gerechnet. Der neunte Teil dieser Toten sind Säuglinge, der fünfte Teil Kinder vom 1. bis 15. Lebensjahre, 8776 Unmündige starben bis zum Ende des schulpflichtigen Alters. Dazu kommt die schaurige Schädigung der Jugend, der es beschieden sein wird, unser Elend zu überleben, aber nur um dauerndem Siechtum zu verfallen. Nach Tausenden zählen die durch Tuberkulose oder Knochenerweichung zu Krüppeln gewordenen, auf Jahrzehnte hinaus werden so in Massen Menschen verkümmern.

Was könnte uns noch Rettung bringen? Es gibt hierzulande Leute, die vermeinen, daß das bloße Erscheinen eines Habsburgers in Wien oder sonst eines gekrönten Paralytikers genüge, um hunderttausende Tuberkulose und Knochenerweichte, Kriegskrüppel und Millionen Unterernährte zu gesunden. Und es gibt Verbrecher, die nicht müde werden, bei Tag und bei Nacht Sodom und Gomorrha, Krieg und Untergang, Knochenerweichung und Tuberkulose den — Sozialdemokraten zuzuschreiben. Wien kann nicht mehr geholfen werden . . .

*

Von 790 Zöglingen eines Wiener Waisenhauses sind 146 minder unterernährt, 220 sehr unterernährt, 161 äußerst unterernährt, letztere sind nicht mehr reisefähig. Wer will sich der übrigen annehmen? Wer will ihnen Vater und Mutter sein!

* * *

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

In Deutschösterreich hat der Hunger seinen Einzug gehalten. Der Gewaltfrieden hat dieses Staatswesen seiner natürlichen Hilfsquellen beraubt, der Nahrungsmittelgebiete wie der Kohlenreviere, und das Wenige, das man ihm belassen hat, ist nicht entfernt ausreichend, um den Bedarf seiner Bevölkerung zu befriedigen. Die Entente hat auch die Vereinigung Deutschösterreichs mit der Republik Deutschland gehindert, die allein dem unglücklichen Donaustaate eine wirtschaftliche Lebensmöglichkeit sichern könnte. Auf sich selbst angewiesen, geht Deutschösterreich einer Zukunft unsäglicher Leiden entgegen. Schon am Beginn des ersten Winters zeigen sich Lebensmittelnot und Kohlennot in erschreckendem Maße. Schwer leidet insbesondere die Bevölkerung Wiens unter diesem Mangel, da der Zustand der Transportmittel auch dort die Heranbringung selbst des Wenigen, was verblieben ist, noch erschwert.

In dieser Not wenden sich die Gewerkschaften Deutschösterreichs an die deutsche Arbeiterschaft um Hilfe. Die Gewerkschaften Oesterreichs waren von Anbeginn ihrer Wirksamkeit treue Bundes- und Kampfgenossen der deutschen Gewerkschaften. Sie haben allezeit deutschen Gewerkschaftsgeist gepflegt und uns stets in Kampf und Not nach Kräften beigestanden. Es war ihr sehnlichster Wunsch, mit den deutschen Gewerkschaflen baldigst gemeinsame Organisationen im gemeinsamen Staat zu bilden. Nicht ihre Schuld ist es, daß dieser Wunsch seither unerfüllt bleiben mußte. Aber gewerkschaftliche Solidarität und werktätige Hilfe kennen keine aufgezwungenen Grenzen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht der deutschen Arbeiterschaft, ihren Brüdern in Deutschösterreich zu helfen.

Die Vorstände der deutschen Gewerkschaften haben beschlossen, sofort Geldsammlungen für die Gewerkschaften Deutschösterreichs einzuleiten. Die Sammlungen sind allerorts durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartelle) zu organisieren. Wo kein Ortsausschuß oder Gewerkschaftskartell besteht, mögen die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften selbst die Sammlungen in die Hand nehmen. Alle Gelder sind zu senden an den Kassierer des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelufer 15
(Postscheckkonto 7930 bei dem Postscheckamt Berlin).

Ueber die eingegangenen Gelder wird im „Correspondenzblatt" des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes quittiert.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Wir bitten euch um rege Anteilnahme an diesen Sammlungen, damit unsern Brüdern in Deutschösterreich schnelle und reichliche Hilfe gewährt werden kann.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Carl Legien, Vorsitzender.

Aus einer Geheim-Konferenz der Gelben

Der Deutsche Arbeiterbund, jene gelbe Organisation, die die „wirtschaftsfriedlichen, nationalen Arbeiter" zusammenfaßt, hat vor kurzem in Leipzig unter Ausschluß der Oeffentlichkeit einen „sächsischen Industrie- und Bergarbeitertag" abgehalten. Der Charakter dieser merkwürdigen Arbeiterkonferenz ist dadurch gekennzeichnet, daß daran **Vertreter der Deutschnationalen** und der **Deutschen Volkspartei**, der Handelskammer, der Gewerbekammer und des Bürgerausschusses teilnahmen. Die Verhandlungen der Konferenz bewegten sich fast ausschließlich auf politischem Gebiet und atmeten ganz den Geist der vertretenen reaktionären Parteien. Der Geschäftsführer der Leipziger Verwaltungsstelle des Bundes, Kubutat, erklärte, der Bund müsse seine politische Neutralität aufgeben und sich entweder der Deutschen Volkspartei oder der Deutschnationalen Partei anschließen.

Weidlich geschimpft wurde vor allem über die Revolution und die revolutionären Parteien. Ein Herr Geißler aus Frankfurt a. M., der über das Programm der Industriearbeiterorganisation einen Vortrag hielt, hat entdeckt, daß in Deutschland nach der Revolution eine „gewisse Sozialisierung begonnen" hat. (?) Man habe die Arbeitszeit verkürzt, die Akkordarbeit abgeschafft, von den Unternehmern Lohnsteigerungen „erpreßt" und die Betriebs-Demokratie eingeführt. (?) Alles sei getan worden, um die Produktion zu schädigen, anstatt sie zu heben. Der Redner machte sich ganz die Methode der gegenrevolutionären Demagogen zu eigen und behauptete, durch das Vorgehen der revolutionären Arbeiterschaft sei das Wirtschaftsleben gestört und das Finanzelend herbeigeführt worden. Dreist stellte er die Tatsachen auf den Kopf und meinte, durch den Krieg würde keine derartige Schuldenlast entstanden sein, wie sie jetzt vorhanden sei. „Hirnverbrannt" sei es gewesen, den 1. Mai zum Nationalfeiertag zu machen. **Die Einführung des Achtstundentags hätte eine größere Einbuße gebracht als der verlorene Krieg.** (!) Die jetzige Versklavung der deutschen Arbeiter schiebt Herr Geißler der Sozialdemokratie zu. Diese habe „den deutschen Kapitalismus vernichtet" (davon merkt man leider wenig. D. Red.) und dem Ententekapitalismus zur Herrschaft verholfen. Schließlich sang dieser „Arbeitervertreter" wieder das bekannte Lied von der Harmonie der Interessen zwischen Kapitalisten und Arbeiter. Die Arbeiter sollen den **Klassenkampf aufgeben** und die Unternehmer sollen durch **Gewinnbeteiligung, „Werksmitbesitz"** und ähnliche Konzessionen das Interesse der Arbeiter am Betrieb heben. Im übrigen hat sich der Herr das Ziel gesteckt, den „Geist der Arbeiterschaft umzuformen" und die **Arbeiterschaft zu einem „Hort deutschnationalen Empfindens" zu machen.**

In den gleichen Gedankengängen bewegte sich das Referat des zweiten Referenten Heß-Essen, der über das Thema sprach: War die bisherige deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Segen für die Arbeiterschaft? Auch er lehnte den Klassenkampf ab und rief gleichzeitig zum **Kampf gegen die „wirtschaftsfeindlichen"** (lies modernen) **Arbeiterorganisationen** und zur **Sammlung der Arbeiter und Angestellten für den kommenden Wahlkampf unter die Fahne der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei auf.** Nach der Behauptung dieses Redners strömen jetzt „trotz des Terrors der Sozialdemokratie" tausende Arbeiter den gelben Organisationen zu. Im gleichen Atemzuge gestand er aber zu, daß es nicht so leicht sei, die „50 Jahre von der Sozialdemokratie verhetzten Arbeiter umzuwandeln". Trotzdem glaubt er, daß

es gelingen werde, die „Wahlmanöver der Regierung“ ebenso zu durchkreuzen, wie das Manöver mit dem Untersuchungsausschuß. Den reaktionären Parteien riet Herr Heß, die nationalen Arbeiter nicht mehr als Querulanten (!) zu betrachten, sondern ihnen das Mitbestimmungsrecht in den nationalen Parteien zuzugestehen.

Gar beweglich klagte der Redner über den angeblichen „Terror“ der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften. Dabei machte er den kuriosen Vorschlag, **die Gerichte** anzurufen, damit die **Unternehmer zur Zahlung von Entschädigungen an die „Opfer sozialistischen Terrors“ verurteilt würden.** Von den Gerichten erwartet er anscheinend überhaupt sehr viel. Er begrüßt es, daß schon jetzt Verurteilungen von „Heißspornen“ erfolgt sind. „In Halle“ — sagte er — „ist es zum Generalstreik gekommen, weil ein deutsches Gericht den Mut besessen hat, für ein Vergehen, wodurch Menschenleben vernichtet (?) wurden, eine Strafe auszusprechen“ (!). Im übrigen empfahl der Herr **den nationalen Arbeitern, selbst terroristische Mittel gegenüber den sozialistischen Agitatoren anzuwenden.** Er ist also sicher der geeignetste Mann, sich über den angeblichen Terror der anderen zu entrüsten. —

Viel Kopfzerbrechen bereitet den gelben Herrschaften die **Beschaffung der erforderlichen Mittel.** Das starke Anwachsen der freien Gewerkschaften ist ein ungesunder Zustand. Deshalb muß der Kampf gegen die Gewerkschaften mit aller Schärfe geführt werden. Aber dazu gehören Kräfte und vor allem Geld. Daran fehlt es. Zur Beschaffung der Mittel dürfe man „nicht bloß geradeaus“, sondern **„auch drumherum gehen“.** Der Sinn dieser Worte ist etwas dunkel, aber die Zuhörer werden ebenso wie die Offentlichkeit, vor der man sich sicher wähnte, verstanden haben, aus welchen schmutzigen Quellen geschöpft werden soll. Man hat ja gerade in dieser Zusammenkunft alles getan, um sich bei dem Unternehmertum in empfehlende Erinnerung zu bringen. Trotz aller Kriegs- und Revolutionsstimmen sind die Gelben die Alten geblieben — **Schutztruppen des Unternehmertums und Verräter an der Arbeiterschaft.**

Zur Charakteristik dieser Gesellschaft seien noch die folgenden Sätze aus der beschlossenen Resolution wiedergegeben:

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben in verhängnisvoller Weise großen Arbeitermassen die falsche internationale und produktionsfeindliche (!) Richtung gegeben, die die heutige Ausbeutung des deutschen Volkes durch den feindlichen Großkapitalismus, den unnötigen Rückgang der deutschen Produktion nach der Revolution, sowie das Sinken unserer Valuta und das unerhörte Steigen der Lebensmittelpreise verschuldet hat. Die Versammlung hält es für dringend nötig, daß die Richtlinien der nationalen Arbeiterbewegung, die nunmehr auch von den in der Regierung befindlichen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern anerkannt und vertreten werden müssen (eine bittere Pille für die Rechtssozialisten), Allgemeingut der deutschen Arbeiterschaft werden und daß das Ziel der deutschen Arbeiterschaft in Zukunft die Förderung der deutschen Produktion und die Wiederbefreiung des deutschen Volkes von fremdländischer (!) Lohnsklaverei sein muß.

Politische Rundschau

Deutschland

Eberts Beihilfe zu der Flucht Ludendorffs

Daß dem großen Feldherrn Erich Ludendorff am 9. November 1918 das Herz in die rotgesäumten Hosen rutschte, ist ebenso begreiflich wie die Tatsache, daß seine bis dahin hurraschreienden Gesinnungsfreunde auf dem Lande sich samt und sonders für die Ehre seines Besuchs bedankten. So mußte Ludendorff in den ersten Tagen der Revolution in Berlin „durchhalten“, bis es ihm mit Eberts Hilfe gelang, ins Ausland zu flüchten.

Die Neue Berliner gibt hierzu interessante Einzelheiten aus Politiken wieder, die das Blatt den Aeußerungen Ludendorffs einem Mitarbeiter gegenüber verdankt:

„Nach dem 9. November 1918 war Ludendorff seines Lebens nicht mehr sicher. Es wurde in den Tagen vom 9. bis 12. November in Berlin eine förmliche Treibjagd auf ihn abgehalten und er war gezwungen, jede Nacht an einer anderen Stelle zu schlafen, sich den Bart stehen zu lassen und nur mit einer Brille auszugehen. Auch war es ihm unmöglich, auf irgendeinem deutschen Gute Aufnahme zu finden, denn überall, wohin er sich wandte, wurden Ausreden gemacht. Entweder war die Hausfrau krank oder das Haus war voll von Gästen oder der Gutsbesitzer sollte verreisen usw. Infolgedessen ließ Ludendorff bei Ebert anfragen, ob die Regierung ihm seine Sicherheit garantieren könne. Im verneinenden Falle erbat er sich einen Paß nach dem Auslande, um dort das Buch über seine Teilnahme am Kriege schreiben zu können. Ebert erwiderte, daß die Regierung für Ludendorffs Leben nicht garantieren könne, aber ein Paß stände zu seiner Verfügung.

So reiste der General denn mit seinem Begleiter, einem Hauptmann aus dem Kriegsministerium, am Morgen des 12. Novembers von Berlin ab.“

Wenn Ludendorff zu feige war, die Konsequenzen seiner Politik auf sich zu nehmen, so entspricht das durchaus der Natur dieses Helden, der vom sturmsicheren Hauptquartier so todesmutig das Leben anderer Leute einsetzte. Weit interessanter aber sind die glaubhaften Angaben über die Teilnahme Eberts an der Fluchtvorbereitung. Anstatt Ludendorff zu einer „fluchtversuchsicheren“ Zuchthauszelle zu verhelfen, hatte dieser Arbeiterführer in den ersten Revolutionstagen nichts besseres zu tun, als dem Massenschlächter hinter dem Rücken der unabhängigen Regierungsmitglieder einen falschen Paß zu besorgen, damit Herr Ludendorff ungestört im Ausland seine Kriegserinnerungen dichten könnte. Fraglos werden die Alldeutschen durch diese vaterländische Tat Eberts ihr Urteil über den Reichspräsidenten erheblich revidieren.

Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wurde der Entwurf zur Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes veröffentlicht. Die Novelle bildet den Vorläufer der zu erwartenden neuen Strafprozeßordnung.

Eine wesentliche Aenderung erfährt die Zuständigkeit der Gerichte. Die Strafkammer scheidet als Gericht erster Instanz vollständig aus. Das Reichsgericht bleibt im bisherigen Umfange Gericht erster und letzter Instanz. Im übrigen sind Gerichte erster Instanz nur Amtsgerichte und Schwurgerichte. Die Amtsgerichte sind in Zukunft für die Fälle zuständig, für die bisher die Schöffengerichte und die Strafkammern zuständig waren. Für wichtigere Pressesachen wird die Zuständigkeit der Schwurgerichte auf das ganze Reich ausgedehnt. Dagegen werden Fälle der Urkundenfälschung, falschen Beurkundung und Unterschlagungen im Amte, für die bisher die Schwurgerichte zuständig waren, den Amtsgerichten übertragen. Berufung ist nur gegen die Urteile der Amtsgerichte zulässig. Ueber die Berufung entscheidet die Strafkammer. Die Urteile der Strafkammer und der Schwurgerichte unterliegen nur der „Rechtsrüge“, wie die Revision in Zukunft genannt wird. Die Oberlandesgerichte sind in Strafsachen zuständig für Entscheidungen über Beschwerden gegen Entscheidungen der Strafkammern und über Rechtsrügen gegen Urteile der Strafkammern, soweit nicht die Zuständigkeit des Reichsgerichtes begründet ist.

Ueber die Zusammensetzung der Gerichte wird folgendes bestimmt: Die Amtsgerichte sind in der Hauptverhandlung mit einem Amtsrichter und zwei Schöffen zu besetzen. Bei den Strafkammern wirken bei der Hauptverhandlung zwei Juristen — einschließlich des Vorsitzenden — und drei Schöffen mit. Die Schwurgerichte bestehen wie bisher aus der Richterbank, besetzt mit drei Berufsrichtern, und der Geschworenenbank, von zwölf Geschworenen besetzt.

Bemerkenswert ist die Hinzuziehung von Frauen als Schöffen und Geschworene. Allerdings soll deren Berufung nur in beschränktem Umfange erfolgen. Nur wenn Frauen oder Personen unter 18 Jahren angeklagt sind, sollen Frauen zugezogen werden. In diesen Fällen sollen als Schöffen oder Geschworene mitwirken: Bei den Amtsgerichten ein Mann und eine Frau, bei den Strafkammern ein Mann und zwei Frauen und bei den Schwurgerichten sieben Männer und fünf Frauen. In allen andern Fällen sollen nur Männer als Schöffen und Geschworene mitwirken. Die Ausschaltung der Lehrer und der Dienstboten vom Volksrichteramt fällt in Zukunft fort. Für die Auswahl der Schöffen wird ein alljährlich bei den Amtsgerichten zusammentretender Ausschuß gewählt, dem auch Frauen angehören können. Die Wahlen sind nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht und möglichst nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorzunehmen.

Von den sonstigen neuen Bestimmungen seien noch die folgenden hervorgehoben: Die Ungebührstrafen gegen Rechtsanwälte fallen weg. Bei der Eidesleistung kann die religiöse Formel durch die einfache Erklärung „Ich schwöre es“ ersetzt werden.

Noske kann sich laufen — —

Der abhängige Parteisekretär in Tilsit hat in einem Schreiben an den Vorwärts aufs Schärfste dagegen protestiert, daß die heimkehrenden baltischen Meuterer zum Grenzschutz im Osten verwendet werden. Es heißt darin:

„Die Frage, die hier alle freiheitlich gesinnten Gemüter bewegt, ist die Politik der Reichsregierung und Winnigs den zurückgekehrten Baltikumtruppen gegenüber. Der überwiegende Teil der „Eisernen Division“ und der „Deutschen Legion“ bildet ohne Zweifel eine Gefahr. An ihren Transportwagen hatten sie beispielsweise folgende Inschriften: „Hoch die Monarchie“, „Hoch Kaiser Wilhelm, Noske kann sich laufen . .“ und dergl. mehr. Aus ihrer Abneigung gegen die Reichswehrtruppen machen diese modernen Landknechtsschaaren, welche zum Teil mit weiblichem Anhang aus dem Baltikum hier eingetroffen sind, durchaus kein Hehl. Oefters kommt es zu Zusammenstößen zwischen diesen Truppenteilen, weil die „Eisernen“ die Reichswehr als „treulos dem Kaiser gegenüber“ bezeichnen. Nirgends ist wohl der Boden für die reaktionär monarchistischen Bestrebungen der Deutschnationalen günstiger als in dem durch den polnischen Korridor vom Reich abgetrennten Ostpreußen. Man soll doch die Gefahr nicht verkennen, die uns durch die Abtrennung droht. Es ist als durchaus wahrscheinlich anzusehen, daß unsere Ostelbier mit Hilfe der „Eisernen“ den Versuch unternehmen werden, die verhaßte Republik zu stürzen.“

Der Mann hat recht: Es ist sehr wahrscheinlich nicht nur, sondern die ausgesprochene Absicht der baltischen Landknechtsführer, die Republik mit Hilfe ihrer Kohorten zu beseitigen und die Monarchie in Deutschland wieder einzuführen. Nachgerade weiß jeder, der die Geschichte des Baltikums verfolgte, daß sich bei ihnen die unzufriedenen monarchistischen Offiziere, die von der Revolution abgehalftert wurden, sammelten und die Truppen zu einem zuverlässigen Instrument der monarchistischen Putschlinge machten. Nur die Partei des Herrn Noske, deren Berliner Funktionäre ihm vor einigen Tagen erst wieder ein Vertrauensvotum ausstellten, weiß und sieht nichts von den Dingen, die sich im Osten des Reichs vorbereiten und schläft munter weiter in der demokratischen Wiege, die sie in Weimar zimmern geholfen.

Das Waffenlager im Hause der Viktoria

Zu dem bereits gemeldeten Waffenfund im Hause der Versicherungsgesellschaft Viktoria in Berlin wird der Berliner Presse vom Zentralverband der Angestellten folgendes mitgeteilt: „Die Angestellten entdeckten in den Kellerräumen des Geschäftshauses vier Maschinengewehre und ein Dutzend Karabiner. Die Maschinengewehre waren frisch geölt und fertig zum Gebrauch. Ein Schreiben der Unternehmer war den Angestellten bereits in der Sonnabendversammlung im Zirkus Busch mitgeteilt worden. Es wird daher ohne weiteres wohl verständlich sein, daß die Viktoria-Angestellten diese Maschinengewehre in Zusammenhang mit dem Unternehmerverband-Vorgehen brachten. Die Erregung der Viktoria-Angestellten, die sich zum großen Teil aus Kriegsteilnehmern zusammensetzen, steigerte sich beim Anblick der Maschinengewehre derart, daß sie diese auf dem Hofe des Geschäftsgebäudes vernichteten. Die von irgendeiner Seite benachrichtigte Sicherheitswehr, die mit Maschinengewehren anrückte, fand keinen Grund zum Einschreiten. Es blieb ihr nachher nur noch übrig, die Reste der Maschinengewehre und Karabiner zu beseitigen.“

In dem erwähnten Schreiben des Unternehmerverbandes an seine Mitglieder wird empfohlen, daß die Direktoren für den Fall des Streiks der Angestellten mit den Offizieren der Reichswehr Fühlung nehmen sollen. Ferner werden die Direktoren aufgefordert, Skizzen für die Aufstellung der Posten der Reichs- und Sicherheitswehr anzufertigen. Der Polizeipräsident Ernst erklärte auf eine Anfrage des Zentralverbandes der Angestellten, daß er mit dem Schreiben des Unternehmerverbandes in keinem Zusammenhang stehe. Er würde nicht dulden, daß gegen Streikposten vorgegangen würde. Wie die

---

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

57]

Der hagere Kirchenfürst hörte in seinem Kadinalspurpur den Bericht mit finster herabgezogenen Brauen an. Dann bedauerte er, daß die Berliner Ehekrise gerade in eine Zeit fiele, die für ihn von drängendsten Geschäften überlastet sei. Er wolle sehen, ob eine nochmalige Audienz der Schwester übermorgen um die gleiche Zeit angängig sei, zu der er dann den Herrn Staatsanwalt aus Berlin würde vorladen lassen. Die Frau Schwester solle morgen vormittag im Sekretariat des Palastes nachfragen, ob diese Disposition sich habe ermöglichen lassen, solle übermorgen auf die Minute pünktlich, um elf Uhr 15 im Vorzimmer erscheinen, um dann mit dem Herrn Staatsanwalt aus Berlin sogleich in gemeinsamer Audienz empfangen zu werden.

Fünfzehn Minuten müssen und werden dann zu der Sühnehandlung ausreichen, denn elf Uhr 30 verlasse der Fürstbischof seine Residenz, um zum Bahnhof zu fahren, woselbst der Extrazug für ihn bereitstände, der ihn nach Wien zu einem Besuche bei Seiner Apostolischen Majestät führen werde.

Eminenz erhoben sich, reichten den Ring zum Kusse — und die Frau Schwester war entlassen . . .

Die Abordnung vom Kloster des Heiligen Mauritius dagegen zog nun ein.

Gebeugt begab sich Frau Rosalinde in ihr Hotel zurück.

Das war nun das Wiedersehen mit ihrem einzigen Bruder nach Verlauf voller acht Jahre gewesen.

Wie unwillkommene bedürftige Verwandte wurde man empfangen.

Der Fürstbischof hatte freilich als junger Kleriker schon die Verbindung mit dem Doktor Jordan, dem bürgerlichen Juristen, nicht sonderlich freudig begrüßt und bereits damals seine Schwester, die junge Komtesse, nicht im Unklaren darüber gelassen, daß er diese Mesalliance unbedingt verwerfe.

Aber Komtesse Rosalinde hatte sich diesen Jordan nun mal in den Kopf gesetzt und war vor diesem ihrem Schicksal nicht mehr zu retten.

Na — nun sah sie die Folgen.

Jordan war zwar aus einem ansehnlichen gutbürgerlichen Hause, aber — Rosalinde erlebte es ja doch mit Schaudern, wie der Plebejer jetzt, mit vorschreitenden Jahren, bei ihm durchbrach. So benahm sich kein Aristokrat.

Die beleidigte Gräfin schob also jetzt ihr ganzes Unglück auf die von ihr sträflich mißachteten Standesunterschiede und vergaß dabei, daß es Herzoge gegeben hat, die ihre Frauen vergiftet und Prinzen, die ihre Gemahlinnen mit Gertenhieben traktiert haben.

Es gab Rosalinden vor sich selbst ein so tragisches Relief, wenn sie sich als verratenes Aristokratenkind in den rohen Händen dieses Plebejers bejammerte.

Aber die Entrüstung über des brüderlichen Kirchenfürsten ganz unbrüderlichen Verhalten erstickte in der sonst sehr vernünftig veranlagten Rosalinde bald die blaublütigen Aufwallungen gegen ihren bürgerlichen Mann, und der in Unruhe und Herzensangst um ihr häusliches Glück bangenden Frau schoß mit einem Male jetzt der Angstgedanke auf, sie habe ihre Sache daheim arg verfahren.

In länger als fünfundzwanzigjähriger Ehe war ihr Jordan ein guter, freundlicher und vorsorglicher Mann gewesen. Dieses war die erste ernstere Verwickelung, die in ihrer Ehe je vorgekommen.

Nur weil Rosalinde eben an solche Störungen so gar nicht gewöhnt war, verlor sie den Kopf so total bei diesem ersten Zusammenstoß mit Matthias. In anderen, viel schlechteren Ehen, in denen solche Konflikte alltäglich waren, löste man sie mit zweitägigem Schmollen oder einem kräftigen Türzuschlagen.

Sie selbst aber hatte aus einem häuslichen Streite Hals über Kopf eine Staatsaktion gemacht mit Flucht bei Nacht und Nebel — Abreise — Abbruch aller Beziehungen, denn sie hatte ihrem Manne nicht einmal ein paar erklärende Zeilen zurückgelassen.

Statt dessen tat sie das Allerunklügste, das denkbar war.

Sie begab sich zu ihrem feierlichen Herrn Bruder nach B . . . ., der, gleichfalls keiner vernünftigen Regung fähig, dem häuslichen Streite zweier selbständigen Menschen mit dem Apparat einer fürstbischöflichen Vorladung und einer in Form einer Doppelaudienz gedachten Sühneaktion begegnen wollte. Das Lächerliche dieser ganzen Vorgänge trat Rosalinden jetzt voll ins Bewußtsein.

Gewiß, der Abbruch von schlechter Laune, zu dem Jordan sich ihr gegenüber hatte hinreißen lassen, war roh und häßlich genug gewesen, von so abstoßender Lieblosigkeit, ja Gehässigkeit erfüllt, daß auch eine weniger stolze und verletzbare Natur als Rosalinde sich darüber hätte entsetzen müssen.

Aber wir alle sind Menschen, die, von Verstimmungen vergiftet, leicht einmal die Grenzen des Erlaubten überschreiten und Ungehöriges tun.

Zudem kam Jordan in jener schrecklichen Nacht von einer Zechgesellschaft und stand unter alkoholischen Einwirkungen, denen sicherlich ein gut Teil seiner Untat zuzurechnen war.

Alles das hatte Rosalinde nicht bedacht, sonst hätte sie sich nicht so unerhört unversöhnlich betragen.

Ja — jetzt fiel es ihr schwer aufs Herz, daß, als sie in jener Nacht empört aus dem Zimmer lief, Jordan ein ganz bestürztes Gesicht machte und aus so traurigen und tiefbekümmerten Augen hinter ihr dreinsah, daß er gewiß im nächsten Augenblick reuig ihre Verzeihung erbeten hätte. Sie schnitt das ab durch ihre unversöhnliche, schroffe Haltung und setzte am nächsten Tage noch den Trumpf einer abschiedlosen Flucht nach B . . . . . darauf, wie jemand, der den Bruch willkommen hieß und den Riß noch freudig erweiterte.

Waren feindliche Einflüsse zwischen ihr und Jordan tätig, etwa die erwachende Neigung zu einer anderen Frau, so hatte Rosalinde alles getan, um Jordan diesen gefährlichen Einflüssen schutzlos preiszugeben, anstatt um den Besitz ihres Mannes daheim zu kämpfen.

Falsch von A bis Z, unklug, unchristlich, pflichtvergessen.

Jordan war ein guter Katholik, dachte also und konnte an Scheidung nicht denken. War eine Frau im Spiel, was Rosalinden jetzt immer gewisser wurde, so galt es doch, ihm dazu beizustehen, daß er die Prüfung so rasch wie möglich überwand und aus der Versuchung siegreich hervorging. Aber gerade das Gegenteil hatte Rosalinde in ihrer Verzeihung getan, hatte sich rachsüchtig und empfindlich zurückgezogen, war von ihrem Posten gewichen, der ein für allemal neben Matthias war, am allerunbedingtesten in Zeiten seiner Heimsuchung und Verstörung.

Ja, verstört war der Mann seit Wochen.

Er kämpfte und rang ganz sichtlich gegen feindliche Gewalten in seiner Seele. Er hatte ein Eindringen Rosalindens in sein Geheimnis oft und rauh abgewehrt, ja, aber doch vielleicht nur, weil er mit sich noch nicht im reinen war.

(Fortsetzung folgt.)

Waffen in das Gebäude der Viktoria gekommen seien (sie sollen nach einer Uebung der Einwohnerwehr dort eingestellt worden sein), sei ihm unverständlich. Trotzdem sind aber, wie oben erwähnt, wohl zur „Wiederherstellung der Ordnung“ fünf Züge der Sicherheitspolizei nach dem Gebäude der Viktoria beordert werden. Danach kann man beurteilen, was die Versicherungen des Polizeipräsidenten wert sind.

Großbritannien

Revolutionäre Bewegung in England

Im Unterhause teilte der Minister des Innern auf eine Anfrage mit, daß in England in der Tat eine starke revolutionäre Propaganda betrieben werde, die die Einsetzung einer Regierung nach dem Vorbilde der russischen Sowjets zum Ziele habe. Natürlich fehlte auch die Behauptung nicht, das Geld zu dieser Propaganda stamme aus dem Ausland, der Minister fügte aber hinzu, es handle sich bisher um keine großen Beträge. Wenn der Minister mit seiner Antwort den Eindruck erwecken will, als ob es sich bei dieser Propaganda um eine solche vom Ausland hineingetragene handle, so hätte er damit nur die englische Oeffentlichkeit getäuscht, vorausgesetzt, daß er überhaupt Gläubige gefunden hat, denn in England weiß man genau, daß die immer stärker werdende revolutionäre Bewegung sehr bodenständig ist und in den englischen Verhältnissen wurzelt. Wie sehr dies der Fall ist, zeigt der Bericht des Daily Herold über die Wahlbewegung in einem fast rein ländlichen Bezirk, in St. Albans. Die dortigen Landarbeiter waren bisher treue Parteigänger der Minister, die katholischen Arbeiter Anhänger der Koalition, also treue Regierungswähler. Das hat sich nun geändert, die Landarbeiter sind erwacht, schließen sich der modernen Arbeiterbewegung an und organisieren sich. Sie beginnen die Macht, die in ihnen ruht, zu verwirklichen, und sie verbinden sich mit den Arbeitern der Städte. So schreitet die Erstarkung der englischen Arbeiterbewegung auf dem Lande fort und das englische Arbeiterblatt hofft wohl mit guten Grund, daß der Arbeiterkandidat in jenem ländlichen Bezirk den Sieg über die beiden bürgerlichen Gegner davonträgt.

Die englische Arbeiterschaft fordert von der Regierung die Erfüllung der Forderungen, die der Gewerkschaftskongreß in Glasgow beschlossen hat. Das parlamentarische Komitee hat Lloyd George aufgesucht nnd von ihm die baldige Durchführung der Forderungen verlangt: 1. die Abrüstung, 2. die Lösung der Arbeitslosenfrage, 3. eine Aenderung in der Politik gegenüber Rußland, 4. die Herabsetzung der Lebenshaltungskosten und 5. die Vergesellschaftung der Bergwerke. Der Premierminister antwortete halb zusagend, halb ausweichend. Klar war seine Antwort wegen des Friedens mit Rußland: er erklärte, er könne den von der Sowjetregierung schon zehnmal angebotenen Friedensvorschlag nicht annehmen. Die abweisende Haltung der englischen Regierung in den wichtigsten Lebensfragen der Arbeiterschaft wird bei dieser die Ueberzeugung festigen, daß sie ihr eigenes Geschick schmieden muß und nicht auf die Erfüllung durch die Regierung warten darf.

Spanien

Die revolutionäre Krise in Spanien

Nach Berichten französischer Parteiblätter verschärft sich die innere Krise in Spanien von Tag zu Tag. Die Masse des spanischen Proletariats, die bisher zum großen Teile politisch völlig indifferent war, erfaßt in erstaunlichster Weise plötzlich immer mehr und mehr das Wesen des revolutionären Kampfes. Aufflammend und aufklärend haben natürlich die gewaltigen revolutionären Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa gewirkt, den eigentlichen Anstoß zu der jetzigen Krise aber haben die spanischen Kapitalisten selber gegeben. Jede Forderung der arbeitenden Klasse erschien ihnen als ein unerhörter Eingriff in ihren „heiligen Profit“? den der Krieg ihnen überreichlich beschert.

Und als es daher im Herbste dieses Jahres zu starken Lohnstreitigkeiten und in ihrer Folge zu zahlreichen Streiks kam, hielten es die spanischen Unternehmer für weit unter ihrer Würde, den Streikenden Konzessionen zu machen, ihre Antwort war vielmehr der bekannte Beschluß des sich über ganz Spanien erstreckenden Unternehmerverbandes, der die gesamte Arbeiterschaft aussperrte.

Heute möchten die spanischen Unternehmerkreise diesen Beschluß wohl allzugern zurücknehmen, denn er hat gerade das Gegenteil des erhofften Erfolges gezeitigt. Er hat dem spanischen Proletariat die Augen geöffnet über das Wesen des Kapitalismus, er hat es revolutioniert und ihm die unabweisbare Notwendigkeit des einmütigen Klassenkampfes offenbart. Heute steht fast das ganze innere Leben Spaniens still. Streik folgt auf Streik, Aufstand auf Aufstand. Eine gewaltige Empörung hat die Masse gepackt. — Der Ausgang der Krise ist ganz ungewiß und kann von hier aus nur sehr schwer beurteilt werden, da uns eine direkte Verbindung mit Spanien noch fehlt. Doch wenn sich auch heute noch nicht alle Erwartungen des spanischen Proletariats erfüllen sollten, so hat die Krise auf jeden Fall das revolutionäre, das Klassenbewußtsein unserer Brüder auf der pyrenäischen Halbinsel gewaltig gestärkt. Und das allein ist schon ein großer Gewinn.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Viktor Berger wiedergewählt

Die Frankfurter Zeitung meldet, daß Viktor Berger, der als Vertreter von Milwaukee der einzige Sozialist im Repräsentantenhaus war und wegen Vergehen gegen das sogenannte Spionagegesetz seines Sitzes für verlustig erklärt wurde, wiedergewählt worden ist. Er erhielt 7000 Stimmen mehr als bei den letzten Wahlen.

In und um Elbing

Eine Hetzerin

Die Ermländische Zeitung, das in Braunsberg erscheinende bekannte Zentrumsblatt, hetzt gegen die Elbinger Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

„Die Elbinger Arbeiterschaft hat die Verwaltung der Stadt übernommen“, schreibt stolz das Organ der Elbinger unabhängigen Sozialdemokratie, die Elbinger Volksstimme in einem Bericht über die erste Sitzung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung. Und es trifft zu; denn nachdem sich die fünf Vertreter der Mehrheitssozialisten und die vier Stadtverordneten aus den Reihen der kaufmännischen Angestellten mit den Unabhängigen zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben, verfügt der Block über 38 Stimmen, denen 22 bürgerliche gegenüberstehen. Ein unehrliches Spiel mit ihren Wählern haben die Führer der technischen und kaufmännischen Angestellten getrieben; denn ihre Wählerschaft, die doch meistens aus Nichtsozialisten besteht, muß jetzt mit Staunen sehen, wie ihre Erkorenen sich als Sozialisten entpuppen und den Unabhängigen mit Haut und Haaren verschrieben haben. Vielleicht schon vorher. Jedenfalls dürfte diese famose Arbeitsgemeinschaft, der auch als „Mehrheitssozialist“ noch ein Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine angehört, bald in die Brüche gehen. Die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine unterscheiden sich hier von den Sozialisten nur durch getrennte Kassenführung und niedrigere Beiträge.

O nein, liebe Schwester in Christo, die „famose Arbeitsgemeinschaft“ wird nicht bald in die Brüche gehen. Im Gegenteil; die Not der Zeit wird nicht nur die Arbeiter immer fester vereinigen, sondern auch die Angestellten und die kleinen und mittleren Beamten immer stärker auf ihre Seite drängen. Die Gemeinsamkeit der Interessen bildet ein Band, das sich mit jedem Tage mehr geltend macht. Seitens der Vertreter der Angestellten ist im Wahlkampfe auch gar kein Hehl daraus gemacht worden, daß ihre Sympathien auf der linken Seite ständen. Und die Arbeiter wieder wissen, daß sie wohl Geheimräte und Großindustrielle entbehren können, nicht aber Techniker, Ingenieure und Buchhalter, wenn sie den neuen Staat aufbauen wollen. Beiden Teilen ist die Erkenntnis gemeinsam, daß das verkommene Kriegsgewinnlertum, das sich allenthalben an der öffentlichen Futterkrippe breit macht, so bald als möglich weggefegt werden muß. Diese Reinigung kann nur von unten herauf erfolgen. Und darum werden Angestellte nnd Arbeiter um so mehr gemeinsam arbeiten, je mehr die Zeit fortschreitet.

Zeugen gesucht

In der Nr. 50 vom 19. Dezember brachten wir eine von der Polizei mitgeteilte Notiz, daß drei Arbeiter verhaftet worden wären, bei der Polizeiwachtmeister Prieß einen Messerstich erhalten habe. Hierzu teilt uns einer der drei Beteiligten folgendes mit:

Am 18. Dezember kamen die Angeschuldigten Otto Neumann, Johann Würfel und Paul Würfel von einer Familienfeier und führten einen Sprechapparat, dem Johann Würfel gehörig, mit. Sie waren etwas in „Stimmung“ und ließen nun in der Schmiedestraße den Apparat spielen. Von den Nachtpolizeibeamten wurden sie nun mit den Worten „Kommen Sie nur mit, Sie können uns auf der Wache etwas vorspielen!“ aufgefordert und zur Wache mitgenommen. Daraufhin äußerte Otto Neumann: „Los, wir gehen zur Wache, aber mit Musik!“ und alle drei gingen gutwillig mit. Johann Würfel wollte die Membrane abheben und den Apparat, den Neumann trug, stillsetzen. Er erhielt darauf ganz unmotiviert mit einem Polizeiknüppel einen Schlag über die rechte Hand und als er sich umdrehte, einen Schlag übers Gesicht, so daß er zur Erde fiel. Als von Seiten der Polizeibeamten daraufhin noch weiter auf ihn eingeschlagen wurde, versuchte er sich zur Wehr zu setzen, wurde aber zur Wache transportiert. Das letztere geschah auch mit Neumann, der den Polizeibeamten bat, er möchte ihn allein gehen lassen und mit Paul Würfel. Leute, die sich dem Mißhandelten als Zeugen anboten, wurden nicht mit auf die Wache gelassen. Auf der Wache wurden alle drei Arrestanten übel verprügelt. Nach der Bekundung des Johann Würfel hat sich hierbei der Kriminalwachtmeister Kroß ganz besonders hervorgetan. Auch soll er hierbei folgende Worte gebraucht haben: „Die Hunde und Banditen müßte man gleich tot schlagen!“ Johann Würfel wies auch uns mehrere Verletzungen vor und betonte, daß er gegen die Beamten, die ihn geschlagen haben, Strafantrag gestellt hat.

Soweit die Angaben des Gewährsmannes. Sollte der Vorgang sich in der geschilderten Weise abgespielt haben, so ist die Verprügelung der Arrestanten auf der Wache auf das schärfste zu verurteilen. Wir fragen die vorgesetzte Behörde, ob sie eine Untersuchung einleiten und wenn die Darstellung sich bestätigt, diesen Uebelstand, der übrigens nach Behauptungen vieler Arbeiter sich öfter abspielen soll, beseitigen will. Wer etwas verbrochen hat, soll die verdiente Strafe vor Gericht erhalten und nicht Mißhandlungen von Polizeibeamten ausgesetzt sein. Diejenigen Personen, die die Vorgänge mitangesehen haben und bezeugen können, werden gebeten, ihre Adresse an Johann Würfel, Wasserstraße 7, einzusenden.

Die neuen Teuerungszulagen für Beamte

Nachdem die Reichsfinanzverwaltung angekündigt hat, daß den Reichsbeamten bis zum Inkrafttreten der bereits in Arbeit befindlichen Besoldungsreform eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen um 50 Prozent gewährt werden soll, hat das preußische Staatsministerium beschlossen, vorbehaltlich der später einzuholenden Zustimmung der Landesversammlung den preußischen Beamten die gleiche Zulage zu bewilligen. Der Deutsche Beamtenband protestiert gegen die unzureichende Erhöhung der Teuerungszulage. Er hatte eine sofortige Erhöhung der laufenden Teuerungszulage um 150 Prozent beantragt, während von einem Teil der ihm angeschlossenen Gewerkschaften eine Erhöhung um 300 Prozent und darüber gefordert wurde. Der Beschluß der Regierung, dem die Nationalversammlung beigetreten ist, hat allgemeinen Unwillen in der Beamtenschaft hervorgerufen. Die Bundesleitung hat bei der Regierung ausdrücklich Verwahrung gegen die unzulängliche Erhöhung der Zulage eingelegt und zugleich Beschwerde erhoben, daß die Festsetzung ohne weitere Verhandlungen mit der Organisation erfolgt ist.

Die Schulversetzungen zu Ostern 1920

Ein am 19. Dezember 1919 ausgegebener Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung weist die Provinzialschulkollegien an, bei den Versetzungen zu Ostern 1920 darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Unterricht der höheren Lehranstalten auch im laufenden Schuljahre durch die Verkehrsstörungen, die Kohlennot und die noch immer unzureichende Ernährung der Jugend schwere Hemmnisse erfahren. Die Klassenkonferenzen sollen insbesondere Bedacht darauf nehmen, daß Härten, die sich aus fehlendem Ausgleich für nicht genügende Leistungen in einem Hauptfach ergeben können, vermieden werden.

Die Hausangestellten

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird der Volksstimme geschrieben:

Ueber die Lage der Elbinger Hausangestellten ist bisher nur wenig bekannt geworden. Besonders über die Lohn- oder Gehaltsfrage herrschen die verschiedensten Meinungen. Bei den heutigen teuren Verhältnissen erscheint es oftmals direkt ein Rätsel, wie es den Hausangestellten, besonders den weiblichen, möglich ist, überhaupt auszukommen und noch Anschaffungen machen zu können.

Die Frage der gewerbsmäßigen Stellenvermittlerinnen ist ein besonderes Kapitel. In geradezu unerhörter Weise werden hier des Oefteren junge Mädchen, speziell solche vom Lande, buchstäblich verschachert. Die Behörden und sonst in Frage kommenden Körperschaften haben nur zu oft Gelegenheit, derartige Fälle zu behandeln. Häufig sind die Beispiele, in denen den Mädchen von der Vermittlerin erklärt wird, sie hätten Anspruch auf die gesetzliche 14tägige Kündigung. Den Arbeitgebern gegenüber wird dann eine Dienstdauer von sechs Monaten, dreiviertel Jahren bis zu einem ganzen Jahre vereinbart. Treten nun Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein, so beruft sich jeder Teil auf die von der Vermittlerin gemachten Angaben. In den vielen Fällen ist dann ein schriftlicher Mietskontrakt zwischen Arbeitgeber und Vermittlerin vorhanden, der eine Dienstdauer vorsieht, von der der Dienstbote überhaupt nichts weiß. Das Recht bekommt dann natürlich der Arbeitgeber, denn er hat es ja schriftlich in Händen.

Die Behandlung der Hausangestellten läßt häufig ebenfalls zu wünschen übrig. Viele Herrschaften stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß Knecht und Magd die richtige Bezeichnung für ihre dienstbaren Geister sind und daß diese unbedingt in strengster Zucht und Sitte zu halten sind. Davon, daß auch Hausangestellte und besonders die weiblichen Dienstboten gleichberechtigte Menschenkinder sind, kann bei solchen Herrschaften nicht die Rede sein.

Soviel bekannt ist, besteht in Elbing zur Zeit ein Verein, welcher die Lohn- und Arbeitsbedingungen der weiblichen Hausangestellten regeln will. Wie hoch die Löhne in den durch diesen Verein vermittelten Stellungen sind, können viele Frauen und Mädchen bezeugen, die vom Städtischen Arbeitsnachweis derartige Stellen nachgewiesen erhielten. Nach einer gemachten Angabe besteht der Vorstand dieses Vereins nur aus Arbeitgebern, die aber, um den Anschein der Gleichberechtigung zu erwecken, ein oder zwei Dienstmädchen manchmal zu ihren Beratungen heranziehen und als alles bestätigende Mitglieder ausnützen. 15 bis 20 Mark monatlich, allerhöchstens 25 Mark sind die Durchschnittssätze, meist bei eigener Wohnung und Wäsche.

Seitens des Kartells der Freien Gewerkschaften wird bebeabsichtigt, in allernächster Zeit in Elbing eine Ortsgruppe des Zentralverbandes der Hausangestellten, Sitz Berlin, zu gründen. Die Aufgabe dieses Verbandes wird es sein, in die dunkelsten Tiefen nnd Winkel der Lohnsklaverei, die nachgewiesenermaßen vielfach in den hochherrschaftlichen Häusern der mit Glücksgütern zur Zeit noch Gesegneten zu finden sind, gründlich hineinzuleuchten und dort endlich auch einmal in Elbing die wirtschaftliche Lage aller männlichen und weiblichen Hausangestellten tatkräftig zu bessern und zu fördern.

Elbinger Polizeinachrichten

Festgenommen wurde der Bergmann Koniczny aus Geisenkirchen, der von einem Posthandwagen ein Wertpaket im Werte von 400 Mark gestohlen hat. Es gelang, dem Spitzbuben das Paket im Wartesaal abzunehmen. K. gab an, daß er zu der Eisernen Division nach Kurland wolle.

Ostdeutsche Nachrichten

Aufklärung der Kobissauer Bluttat

Vor den Feiertagen wurde, wie kurz von uns berichtet, in Kobissau der Pflegesohn des Besitzers Birr ohne jeden Grund von dem Schlosser Wilhelm Kiebler, der bei der Besitzerfrau Butter kaufen wollte, erschossen.

Der Täter, der am Tage nach der Tat festgenommen wurde, leugnet jedoch die Tat, Frau Birr und ihre Halbschwester erklärten jedoch mit Bestimmtheit, daß Kiebler der Täter sei. Ueber den verhängnisvollen Vorfall sagten die beiden Frauen vor Gericht folgendes aus:

Vor etwa 14 Tagen war der Mann schon einmal bei uns. Er stellte sich als ein Schlosser Meier aus Berlin vor und gab an, daß ein Bruder von ihm in Karthaus bei der Post angestellt sei. Auf sein Verlangen erhielt er schließlich drei Pfund Butter und fragte gleich, ob er in etwa 8 Tagen noch einmal Butter haben könne, was ihm bejaht wurde. Als er wiederkam und die für ihn verwahrte Butter in Empfang nehmen sollte, stellte es sich heraus, daß er kein Papier zum Einwickeln hatte. Kiebler bemerkte darauf, daß er von der Nachbarin auch Butter bekomme und dort einen Karton stehen habe. Er verließ dann das Haus, kehrte aber nach kurzer Zeit wieder zurück. Beim Kaffeetrinken erkundigte er sich eingehend nach den Familienverhältnissen seiner Gastgeber und fragte auch, ob der Hausherr zu Hause sei. Nichtsahnend gaben ihm die Frauen den gewünschten Bescheid. Dann holte Frau Birr Pergamentpapier herbei und begann mit dem Einwickeln der Butter. Plötzlich hörte sie einen Schuß fallen. Sich umwendend, sah sie den Mann vor sich stehen und mit einer kleinen Pistole nach ihrem Kopfe zielen. Er drückte ab, doch erreichte der Schuß das Ziel nicht, sondern streifte glücklicherweise nur ihren Hals. Frau Birr hatte nämlich nach dem Arm des Schützen gegriffen und so den Revolver aus der Richtung gebracht. Nach dem Schuß stürzte die Getroffene zusammen, raffte sich jedoch schnell wieder auf und lief hilferufend hinaus. Der Mann eilte hinterher und feuerte noch einmal auf sie, ohne zu treffen. Er kehrte dann wieder um und stürzte sich im Flur auf Frau Birrs Halbschwester, warf sie zu Boden, bearbeitete sie mit einem stumpfen Gegenstand am Kopf und gab ebenfalls einen Schuß auf sie ab, der sie im Genick streifte.

Der erste Schuß, dessen Wirkung die beiden Frauen nicht gleich übersahen, hatte den 17 Jahre alten Pflegesohn der Birrschen Eheleute niedergestreckt.

An einem Raubüberfall großen Stils hat Kiebler wohl nur die Tatsache gehindert, daß er Frau Birr nicht tödlich traf, so daß sie hinauslaufen und um Hilfe rufen konnte.

Todesstrafe für Diebstahl

Die Danziger Zeitung teilt folgende unglaubliche Nachricht mit: „In den letzten Monaten haben in der Stadt und Provinz Posen die schweren Einbruchsdiebstähle, besonders die Wäschebodendiebstähle in so erschreckendem Maße zugenommen, daß die Posener Stadtverordnetenversammlung und die Presse ohne Unterschied der Nationalität zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit die strengsten behördlichen Maßnahmen, ja sogar die Anwendung der Todesstrafe

gefordert haben. Darauf teilte der Chef des Justizdepartements den polnischen Blättern mit, daß bereits gesetzgebende Verordnungen in dieser Angelegenheit erlassen sind, die die Anwendung der Todesstrafe für Straßenraub, schweren Diebstahl und alle gegen die öffentliche Sicherheit gerichteten Vergehen gestatten. Als schwerer Diebstahl ist vor allem Kirchendiebstahl anzusehen, weiter Einbruch mit Hilfe nachgemachter Schlüssel, mit der Waffe in der Hand oder in Banditengesellschaft, des Nachts, wo der Täter Diebstähle in geschlossenen Gebäuden begeht, in denen er sich versteckt hielt. Diese Verordnungen gelten auch für die Standgerichte, die mit Ende dieses Jahres aufhören, ablösenden Zivilgerichte."

Wenn das zutrifft, fällt die polnische Republik in mittelalterliche Justizbarbarei bösester Art zurück. Gewiß muß für die öffentliche Sicherheit gesorgt werden. Aber auf diese Weise kann das nie erreicht werden. Die soziale Not gebiert immer neue Verbrecher. Je größer der Hunger, je größer die Spitzbüberei. Dagegen hilft kein Galgen. Wer die Eigentumsvergehen mindern will, muß die soziale Lage bessern.

Michel gib!

(Zum sozialdemokratischen Sparprämienschwindel.)

Traurig sprach der Präsident
„Wer des Reiches Nöte kennt,
Denkt nicht ans Parteiprogramm;
Ob er reich ist oder klamm,
Hilft er doch uns aus dem Dalles!"
„Deutschland, Deutschland über alles!"

Und des Reiches Kanzler spricht:
Rührt euch unsere Pleite nicht?
Michel hör, du brauchst nur borgen,
Für das andere laß uns sorgen!
Deinen Kindern wird es nützen.
Wenn wir erst im Trocknen sitzen!"

Spricht von Spaa der schwarze Mann:
„Helfen muß, wer helfen kann!
Zahlt, daß wir nach all dem Kriegen
Endlich einmal wieder siegen!
Gib dein letztes Geld, du Lümmel,
Segnen wird dich der im Himmel!"

Justav, Deutschlands größter Held,
Droht und wetiert: „Jib uns Jeld,
Daß wir schützen mit Musketen
Ruh' und Ordnung vor Proleten!" —
„Michel, bring uns deinen Groschen,
Nachher wirst du brav verdroschen!"

(Hamb. Volksz.)

1000 neue Abonnenten

können zum 1. Januar leicht gewonnen werden,

wenn jeder Genosse seine Pflicht tut.

Literatur.

Lichtstrahlen. Zeitschrift für wissenschaftlichen Kommunismus. Herausgeber Julian Borchardt.

Das zweite Dezemberheft (Nr. 6 des 5. Jahrgangs) hat folgenden Inhalt: Nochmals Syndikalismus. — Kommunistische Rechnung von Dr. Fritz Anders. — Schulreform und Sozialismus von Rudolf Zimmer. — Die Ursachen der Teuerung, IV. Steigerung der Arbeitslöhne, V. Steigerung der sonstigen Produktionskosten. — Menschensterben, von Walter Leßmann. — Zeitgemäße Worte von Schiller. — Rundschau.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Elbing.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Former

Wilhelm Schneider

im Alter von 65 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Januar, um 3¼ Uhr von der Leichenhalle des Leichnamkirchhofes aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

die Ortsverwaltung.

Nährmittelmarke Nr. 547.

Freitag, den 2. Januar 1920:
¼ Pfd. Sago 40 Pfg., 1 Pfd. 1,60 Mk.
Elbing, den 30. Dezember 1919.
Der Magistrat — Ernährungsamt.

Freibank.

Am Mittwoch, den 31. d. Mts., vorm. 8—9 Uhr:
Fleischverkauf an die Inhaber der Freibankkarten
Nr. 5192—5342.
Elbing, den 30. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Petroleumausgabe auf Marke 10.

¼ Liter
oder: **3 Kerzen.**

Von den Kerzen sind jedoch nur noch geringe Mengen vorhanden bei:

Albrecht, Wilhelmstr. 20
Schwarz, Drogerie, Inn. Mühlendamm
Froese, Holländer Chaussee 13
Prengel Nachf., Hindenburgstr. 19
May, Königsbergerstr. 88/89
Behrendt, 1. Niederstr. 4.

Elbing, den 30. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Brenn- und Leuchtstoffamt.

Verkauf von Volksschuhen.

Ein großer Posten **Lederschuhe mit Stoffeinsatz** für Kinder und Knaben und eine kleine Menge für Damen gelangt in der Altkleiderstelle — Kettenbrunnenstr. 2/3 — wie folgt zum Verkauf:

Am 2., 3. und 5. Januar 1920
nur an Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte gegen Vorlage der Mitgliedskarte des Reichsbundes oder Rentenbescheid und Lebensmittelausweiskarte.

Am 6., 7. und 8. Januar 1920
nur an Erwerbslose gegen Vorlage der Erwerbslosen-Kontrollkarte und Lebensmittelausweiskarte.

Vom 9. Januar 1920 ab findet der Verkauf, soweit der Vorrat reicht, an das übrige Publikum statt, jedoch nur an solche Personen, deren Einkommen 5000 Mk. nicht übersteigt.

Als Ausweis sind mitzubringen
a) die Lebensmittelausweiskarte
b) der Steuerzettel.

Elbing, den 29. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Bekleidungsstelle.

Der Kohlenpreis für eine Tonne Kohle frei Gaswerk Elbing beträgt 206 Mark. Diese Steigerung ist durch Erhöhung des Kohlenpreises ab Grube und durch den Wassertransport hervorgerufen. Gemäß Beschluß der Gemeindekörperschaften vom 31. 3. und 4. 4. 1919 tritt für jede volle 3 Mark Kohkenmehrpreis über 80 Mark eine entsprechende

Erhöhung der Gaspreise

um weitere 16 Pfg. ein. Diese betragen daher **ab 1. Januar 1920:**

1 cbm Leucht-, Koch- u. gewerbliches Gas 82 Pfg.
1 „ Münzgas . . . . . 85 „

Die Berechnung der höheren Preise erfolgt von der ersten Ablesung der Zähler nach dem 31. Dezember d. Js.

Elbing, den 30. Dezember 1919.
Der Magistrat.

Familien-Unterstützung.

Für die erste Hälfte des Monats Januar 1920 gelangt die Familien-Unterstützung am

Freitag, den 2. Januar 1920, vormittags von 8—1 Uhr

in der **Stadthauptkasse**, Rathaus, Zimmer 7, zur Auszahlung.

Es ist der Nachweis zu führen, daß sich der Ernährer noch im Heeresdienst oder in Gefangenschaft befindet und nicht der Reichswehr angehört.

Elbing, den 24. Dezember 1919.
Der Magistrat. — Lieferungsverband.

Ablösung der Neujahrsglückwünsche.

Durch Zuwendung eines Geldgeschenkes für die Armen haben die Neujahrsglückwünsche abgelöst:

Ahorn R., Architekt, Brauerei „Englisch Brunnen", Bandow, Professor, Breckwoldt Hugo, Dentist, Böttcher Richard, Kaufmann, Frankenberg Franz, Badeanstaltsbesitzer, Gagel Georg, Gewerbeschuldirektor, Ilgner Ludwig, Rentier, Ilgner, Städt. Tierarzt, Kümpel W., Kaufmann, Laible Friedrich, Ingenieur, Menning Heinr., Rentier, Netke Kurt, Ingenieur, Nitschmann Hermann, Privatsekretär, Ortlepp, Oberingenieur, Pamperin, Fabrikdirektor, Preuß, Brauerei, Pilch Leo, Oberlehrer, Pfundt Albert, Restaurateur, Rücker, Dipl.-Ingenieur, Dr. von Rütz, Syndikus, Schürmann Fritz, Kaufmann, Berlin, Dr. Schwarz, Sanitätsrat, Wegmann Johann, Zimmermeister.

Elbing, den 29. Dezember 1919.
Der Magistrat — Armendirektion.

U.S.P. Stadtverordnetenfraktion.

Montag, den 5. Januar, 6 Uhr:

Sitzung.

Spieringstraße.

Fleischauers Saal- u. Gastwirtschaft

Mittwoch, den 31. Dezember

Grosser Sylvesterball

Sämtliche Räume ein Tannenwald.

Nur gute Weine und andere Getränke
zu soliden Preisen.
Anfang 5½ Uhr.

Neujahr: Grosses Familienkränzchen.

Georgenhöhe.

Mittwoch, den 31. d. Mts.

Große Sylvesterfeier

veranstaltet vom **Volksliederklub „Harmonie".**
Anfang 6 Uhr.

Neujahr: Humorist. Unterhaltung und Tanz.

Elbinger Brieftaubenzüchter-Verein.

Zu dem am **1. Neujahrstage 1920** in **Passenheims Festsälen** stattfindenden

Tanzkränzchen

ladet ergebenst ein **der Vorstand.**

Anfang 4 Uhr.

Sarg- und Möbel-Magazin

von

E. Lehmann's Nachf.

Inhaber: **Joh. Jepp,** Tischlermeister,
Wilhelmstrasse 55.

Vom 1. Januar 1920 ab beträgt der

Zinsfuß für täglich abhebbare Spareinlagen 3¼ %

Kreissparkasse Elbing. Städtische Sparkasse Elbing.

Bei den hohen Lederpreisen

lassen Sie Ihre Schuhe
mit der beweglichen

Germania-Holzsohle

besohlen, die sich seit Jahren als bester Lederersatz bewährt hat.

Sohlen und Absätze für Damen **8.50** Mk.
für Herren **9.50** Mk.

Albert Kowalski
Fischerstraße 42
Schuhhaus größten Stils.

Bekanntmachung.

Unter dem Pferdebestande des Molkereibes. H. Schröter, Hindenburgstraße 25, ist die Räude amtstierärztlich festgestellt worden.

Elbing, den 20. Dezbr. 1919.
Die Polizeiverwaltung.

Alkoholfreien
ff. Silvester-Punsch-Extrakt
(gesüßt) empfiehlt
Aug. Reffke,
Wilhelmstraße Nr. 60, Keller,
Nähe Kaufhaus D. Loewenthal.

Stadttheater Elbing

Direktion: **Max Spiess.**

Dienstag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr:

Der fliegende Holländer.

Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Mittwoch (Silvester), abends 6 Uhr:

Bunter Abend
und
Lottchens Geburtstag.

Lustspiel in 1 Akt von Ludwig Fulda.

Donnerstag, den 1. Januar, nachm. 3 Uhr:
Kindervorstellung
zu ermäßigten Preisen!

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haak.

Abends 7 Uhr:

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Turnverein Jahn Elbing.

Am Sonnabend, d. 3. Januar:

Generalversammlung

im Vereinslokal Gewerbehaus

Tagesordnung:
Bericht der Warte.
Anträge.
Neuwahl des Vorstandes.
Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher aktiven wie passiven Mitglieder ist Pflicht.

Anfang 6½ Uhr.
Der Vorstand.

Riesen-Abreißkalender

Stück 15,— Mk.,

Notiz-Abreißkalender

Stück 7,50 Mk.,

Wochen-Abreißkalender

Stück 6,— Mk.

empfiehlt
Buchdruckermeister **Hans Kaehler**
Buchdruckerei, Heil. Geiststr. 51

Morgen, Mittwoch: Fleisch- und Wurstverkauf.

Roßschlächterei Georgendamm 15.

Rohrstühle

werden geflochten
Heil. Geiststr. 51, p. r.

Eine fast neue Zither

mit Noten zu verkaufen
Querstraße 21.

1 Wäschespind

und **1 Kleiderspind** zu verk.
Zu erfr. 1. Niederstr. 3.

Altes Gold

Silber, Edelsteine
usw. usw.
kauft
Juwelier F. Witzki.

Baumlichte

gute Ware,
Stück 40 Pfg.
um zu räumen.

J. Grabowsky
Fischerstr. 27.

Schmiedelehrlinge

stellt von sofort oder später ein
Adolf Wenski,
Neustädt. Grünstraße 6 a.

Elbinger Standesamt

vom 29. Dezember.

Sterbefälle: Inval.-Rent.-Empf. Jakob Grübnau, 74 J. — Brauereiarbeiter Gotthard Hill, 60 J. — Hausbesitzer Adolf Otto Herrig, 61 J. — Tischler Albert Gustav Schulz, 31 J. — Former Karl Wilhelm Schneider, 64 J. — Stadtarmer Ferdinand Boß, 69 J. — Ackerbürger Julius Brosowski, 61 J. — Arbeiter Adolf Sadlowski, 14 J. — Krankenpflegerin Herta Benke, 27 J. — Fleischer Gustav Reimann T. 1 M.